

AMO – kein Ende in Sicht?

Von Ursula Herold-Schmidt

Seit den 70er Jahren belästigt das Asphaltmischwerk in Langentrog (AMO) die Bewohner im nur knapp 250 m entfernten Hegenberg. Wie sehr die Bürgerinnen und Bürger unter Staub, Gestank und Verkehr leiden und wie groß die gesundheitlichen Ängste sind, wurde bei der Bürgerversammlung zu AMO am 23.07.2012 überdeutlich. Deshalb ruhen große Hoffnungen auf Ende Dezember 2012: Dann läuft nach mehrfacher Verlängerung die Betriebsgenehmigung für die Anlage aus. Bis dahin sind es noch fünf Monate.

Noch ist der Betrieb des Asphaltmischwerks in vollem Gange. Noch gibt es wohl keine Suche der Betreiberfirma nach einem Alternativstandort. Stattdessen gibt es offenbar einen Vorschlag von AMO, eine Verlängerung um drei Jahre zu erwirken. Wen wundert's? Bisher wurden alle Verlängerungswünsche vom Landratsamt positiv beschieden. Und auch die Entscheidung über eine weitere Verlängerung liegt beim Landratsamt – und die betroffene Gemeinde Meckenbeuren darf dann höchstens dazu Stellung nehmen.

Noch gibt es keine entsprechende Aufforderung vom Landratsamt. Noch ist AMO offiziell nicht an die Gemeinde herangetreten. Noch weiß der Gemeinderat nicht, wie das Landratsamt zu einer möglichen Verlängerung steht. Und statt auf den Tisch zu hauen, zaudert die Verwaltung, und die Mehrheit des Gemeinderats zaudert mit. Noch bis Mitte September sollen „Informationen eingeholt werden“, hat der Gemeinderat am letzten Mittwoch mehrheitlich und gegen die Stimmen von BUS beschlossen – dann sind es gerade noch dreieinhalb Monate bis zum erhofften Betriebsschluss. Und auch dann ist nicht sicher, ob Meckenbeuren ein starkes politisches Signal an AMO und zum Landratsamt sendet: „Jetzt muss Schluss sein, jetzt steht die Gesundheit der Menschen im Vordergrund!“ Immerhin hat der Anwalt der Gemeinde klar festgestellt, dass ein Weiterbetrieb der Anlage rechtlich ausgeschlossen ist. Allerdings müsste Meckenbeuren eine Verlängerungsgenehmigung durch das Landratsamt juristisch anfechten – also gegen den Landkreis klagen.

Stattdessen wird von der Verwaltung die Variante ins Spiel gebracht, einer dreijährigen Verlängerung zuzustimmen um im Gegenzug „optimale Rekultivierungsbedingungen“ nach einer Stilllegung vertraglich zu vereinbaren. Was soll dieser Kuhhandel? Seit wann müssen solche Zugeständnisse gemacht werden, damit eine Firma (in diesem Fall der Branchenriese Kirchhoff Straßenbau) ein Betriebsgelände ordnungsgemäß in Stand setzt? Soll eine mögliche Klage von Meckenbeuren gegen den Bodenseekreis um jeden Preis vermieden werden? Soll im Hinblick auf den möglichen Bau von B30 und B31 neu der Betrieb in der Region gehalten werden – ohne Rücksicht auf die jahrelang belasteten und immer wieder verträsteten Menschen in der Umgebung von AMO? Und welche Rolle spielt der mächtige Straßenbaukonzern selbst? Und warum können erst jetzt – sozusagen kurz vor zwölf – wesentliche „Informationen eingeholt werden“, obwohl das Auslaufen der AMO-Genehmigung Ende 2012 seit jeher feststeht? Transparenz sieht anders aus.

Für die BUS-Fraktion steht fest: Sowohl an AMO als auch an den Bodenseekreis ist ein klares politisches Signal überfällig. Statt eine weitere Verlängerung in Betracht zu ziehen, muss der Gemeinderat im September jedes Zugeständnis an AMO ablehnen – mit dem Risiko eines Rechtstreites. Dies sind wir den Bürgerinnen und Bürgern im Oberen Bezirk schuldig.